

Bezugspreis:

Bezugspreis: Vierteljahr 4.75 M., monatlich 1.25 M., ...

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, ...

Telegraphische Anstalt: „Sozialdemokratischer Verein“.

Morgen-Ausgabe

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Mittwoch, den 29. Januar 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Friedenskonferenz: 10. Mai.

Soll daraus ein Dauerfrieden werden?

Die Friedensverhandlungen schleppen sich unendlich lang hinaus. Die siegreichen Alliierten wollen noch monatelang in ihren Sonderkonferenzen arbeiten...

So wird der Frieden, der ein dauernder für die Welt werden soll, zu einem Fehlbild. Ein diktiert Friede — und darauf läuft so der Gang der Beratungen in Paris hinaus...

Amsterdam, 28. Januar. (Telunion.) Aus Paris wird gemeldet: Wilson teilte Lyoner Blättern zufolge im Kammerauschuss mit, daß die allgemeine Friedenskonferenz aller Kriegführenden am 10. Mai, dem Jahrestag des Frankfurter Friedens, in Versailles beginnen soll.

Hollands Ersuchen um Zulassung an der Friedenskonferenz.

Amsterdam, 28. Januar. (Telunion.) Wie das holländische Ministerium des Auswärtigen mitteilt, ist die Friedenskonferenz ersucht worden, Holland zu der Konferenz zuzulassen...

Die deutschen Kolonien.

Ueber das Schicksal der deutschen Kolonien ist noch nichts Sicheres bekannt. Amerikas Haltung ist noch nicht geklärt.

Osgood, 28. Januar. (Telunion.) Nach einem englischen Blatt hat Amerika zu der Frage der deutschen Kolonien auf der Pariser Konferenz eine vorläufige Stellungnahme dahin eingenommen, daß auch Deutschland an der Verteilung der Kolonien beteiligt sein müsse.

Amsterdam, 28. Januar. (Telunion.) „Daily Chronicle“ erzählt aus Paris: Bei der gestrigen Besprechung der Kolonialfragen trat Wilson für eine Internationalisierung der deutschen Kolonien ein.

Osgood, 28. Januar. (Osg.) Aus London wird gemeldet: Die „Daily Mail“ meldet aus Paris, daß Wilson bezüglich der australischen Ansprüche auf Neuguinea nähere Auskunft verlangt hat, und zwar auf Grund eines Telegramms, das Hughes von dem stellvertretenden Premierminister Watt erhalten hat...

Scharfe Auseinandersetzungen in Spa.

Der Lebensmitteltransport durch Deutschland. Das Privateigentum im Kriege.

Berlin, 28. Januar. Sitzungsbbericht der Waffenstillstandskommission in Spa vom 27. Januar 1919. Zur Frage der alliierten Lebensmitteltransporte durch deutsches Gebiet über Danzig ließ die deutsche Regierung erklären, sie sei prinzipiell bereit, die Durchfuhr zu gestatten...

beschlagnahmten Vermögenswerte zu beginnen. Hierauf ließ die deutsche Regierung erklären, sie könne sich auf die gewünschten Verhandlungen nicht einlassen, solange ein erst nach Abschluß des Trierer Finanzabkommens bekannt gewordenes französisches Dekret fortbestehe...

General Rubant erwiderte, die deutsche Regierung weigere sich also, in Verhandlungen über die Rückerstattung der erwähnten Werte einzutreten und stelle die Rückgängigmachung des französischen Dekrets als Vorbedingung. Er fragte an, ob dies tatsächlich die Ansicht der deutschen Regierung sei.

Der Vertreter der deutschen Regierung erklärte, es seien ihm keine weiteren Weisungen als die in der Note enthaltenen zugegangen. — Im weiteren Verlauf der Sitzung hat die deutsche Waffenstillstandskommission um Mitteilung, ob die Nachricht zutrefte, daß in Belgien befindliche deutsche Privateigentum sei beschlagnahmt und teilweise schon deutsche Werte verkauft worden.

Die Völkerbundskonferenz in Paris.

Genau wie einst.

Amsterdam, 28. Januar. „Allgemeines Handelsblatt“ schreibt in einem Leitartikel: Es wird schon jetzt der große Fehler begangen, daß die Konferenz in Paris, welche die Grundlage für den Völkerbund bilden wird, in ihrer Arbeitsweise eine Konferenz wie alle früheren Konferenzen der Diplomaten darstellt.

Der britische Programmwurf für den Völkerbund.

Deutschland vorläufig ausgeschlossen.

London, 28. Januar. Reuter. Die Blätter veröffentlichen die Umrisse des britischen Entwurfes für den Völkerbund, der den Grundgedanken der Abschließung und des Zwanges gegen einen des Angriffs schuldigen Staat ausspricht. Die britischen Vertreter setzen die Regelung von Streitigkeiten unter den Aufgaben des Völkerbundes an die erste Stelle, aber man hofft, seine Wirksamkeit auch auf folgende Aufgaben auszudehnen: Unterstützung von neuen Staaten, Ueberwachung des Handels mit Waffen und Munition, Aufrechterhaltung der Freiheit der Verkehrswege, sowie regelmäßiger Handelsbeziehungen, Bearbeitung wirtschaftlicher, gesundheitlicher und anderer gemeinsamer Fragen und die Errichtung einer gemeinsamen Organisation für die Behandlung der internationalen Arbeitsverträge.

Franzosenwirtschaft im Elsaß.

Aus den Kreisen der aus Elsaß-Lothringen Ausgewiesenen wird uns gemeldet:

Die Proteste der deutschen Mitglieder der Waffenstillstandskommission über die gewaltsame Austreibung der Deutschen aus Elsaß-Lothringen und die Behandlung der Deutschen sowie ihres Eigentums durch die französische Verwaltung waren in den Wind geblasen. Die Franzosen dulden nicht nur die Erzeiße der elsaß-lothringischen Bevölkerung gegen deutsche Mitbewohner, sondern sie unterstützen gerade durch ihr Verhalten die Denunzianten unter den Elsässern und Lothringern und muntern sie zu neuen Taten auf. Trotzdem, völkerrechtlich betrachtet, Elsaß-Lothringen noch nicht zu Frankreich gehört, waltet und waltet die französische Verwaltung im besetzten Elsaß-Lothringen nach dem Grundgedanken: Ehe überhaupt die Friedensverhandlungen begonnen haben, soll Elsaß-Lothringen durch und durch ein französisches Land sein, und sollte es dann zu einer Volksabstimmung kommen, so hat Frankreich nichts zu befürchten, da die Abstimmung dann zugunsten Frankreichs ausfallen wird.

Um ganze Arbeit machen zu können, hat die französische Verwaltung ein Kartensystem ausgetüftelt. Jeder Bewohner muß einen Vorkausweis haben, eine sogenannte „carte d'identité“. Diese Karten sind nach den Buchstaben A, B, C und D geordnet. Eine carte d'identité mit dem Buchstaben A erhalten die Vollblutfranzosen, mit dem Buchstaben B diejenigen, deren Vater Franzose war; mit dem Buchstaben C die Kinder französischer Mütter, und mit dem Buchstaben D die „Schworen“.

Zwar heißt es in den Waffenstillstandsbedingungen: deutsches Leben und Eigentum wird geschützt. Die industriellen Betriebe ferner sollen im Lande bleiben, nichts werde ihnen genommen. Gleich nach dem Einzuge der französischen Truppen erziehen diese Garantien eine merkwürdige Auslegung. Nicht nur, daß man deutsche Gewerkschafts- und sozialdemokratische Parteiführer verhaftete oder auswich, deutsche Professoren über den Rhein schickte, auch industrielle Unternehmen, wie in Straßburg Adler u. Oppenheimer (eine große Lederfabrik), das Walzwerk Wolt, Reiter u. Jacobi, deutsche Zeitungsbetriebe wurden aufgelöst. Nur geschah das Aussehen auf eine sehr merkwürdige Art. Die Besitzer erhielten einen Scheck, aber Geld bekommen sie auf diesen Scheck nicht. Die französische Regierung stellt sich nämlich auf den Standpunkt, daß sie mit Deutschland, trotz Waffenstillstand und vollständiger Abrüstung des deutschen Heeres, sich im Kriegszustand befindet und daher kein Geld ins feindliche Ausland, also Deutschland, gehen darf. So sind die deutschen Unternehmer ihre Betriebe los und haben dafür als Entgelt ein Blatt Papier in der Hand, mit dem sie über den Rhein ziehen dürfen.

Wie auf wirtschaftlichem Gebiet, so wird auch auf politischem Gebiet gearbeitet. Der elsaß-lothringische Sozialdemokratie traut die französische Regierung nicht über den Weg. Um die elsaß-lothringische Arbeiterklasse nicht allzu sehr gleich im Anfang ihrer Herrschaft vor den Kopf zu stoßen, ließ die französische Verwaltung einwo Generäle durch den Sozialdemokraten Reirotes, den die Revolution des 9. und 10. November vor Einmarsch der Franzosen zum Bürgermeister der Stadt Straßburg ernannt hat, ernennen. Die Spitzen der französischen Regierung: Koch, Clemenceau und Moncarré, wollten aber von einem Sozialdemokraten nicht berührt werden. So sollte man den Straßburger Gemeinderat auf sich einen Bourgeois zum Bürgermeister wählen. Auch die Gewerkschaftsbewegung wurde vom deutschen Element vereinnahmt. Nicht einmal eine Verständigung zwischen den elsaß-lothringischen Gewerkschaften und der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften über Ausschluss von Unternehmern aus dem Arbeitslohe. Manelung der Notulardischen Rechte der Mitarbeiter wurde abgeduldet, teilweise eine Selbstständigmachung der Gewerkschaften. Nur die Verwirklichung mit den französischen Gewerkschaften wurde genehmigt. Das bedeutet eine große Verächtlichmachung der sozialen und wirtschaftlichen Stellung der elsaß-lothringischen Arbeiter. Während die Arbeiterklasse bisher die neunstündige Arbeitszeit hatte und tariflich geregelte

Löhne, muß sie nun 10 Stunden pro Tag arbeiten. Die demokratische Republik hat dem Unternehmertum eine Löhnebestimmung gemacht, die auf Kosten der Arbeiterschaft geht; wie sie überhaupt ihr ganzes Verhalten danach einrichtet, sich bei der eifrigen Bourgeoisie beliebt zu machen und dadurch willige Helferinnen ihrer Ausrottungspolitik gegen das Volkstum zu erhalten.

Die eifrige Bourgeoisie und Teile der indifferenten Arbeiterklasse haben denn auch die Absichten der französischen Regierung sehr schnell begriffen und leisteten willig Ebergedienste. So wurde in Künhaufen beschlossen: alle Geschäftsleute echt französischer Herkunft sollen an ihrem Geschäft ein Plakat anbringen, welches jedem Einwohner zeigt, daß der Eigentümer kein Jungschäfer ist; denn der Vorsitzende der Gründungsversammlung betonte besonders:

„Seit 50 Jahren haben wir unter der Schwabenherrschaft gelebt und ein großer Teil der Geschäftswelt war in den Händen der Alldutschen. Dies muß ändern. Wir sind nun befreit von dieser Masse und nun muß auch jeder Bürger wissen, daß er Elässer ist, und zwar zuerst Franzose und dann echter Elässer. Die Geschäfte der Elässer müssen durch ein Plakat gekennzeichnet werden, damit nur noch bei den Elässern eingekauft wird. Nur auf diese Art wird es möglich sein, die vorläufig noch hier bleibenden Alldutschen zu vertreiben.“

Das nach dieser Entschlüsselung den Alldutschen, denen man gleich nach Einzug der französischen Truppen die Ladensfenster einwarf und die Verkaufsgegenstände plündernde, bevorstehende, kann man sich denken. Ohne Existenzmöglichkeit, das deutsche Geld nur zum halben Kurs des französischen Geldes berechnet, sitzen sie da und müssen um ihr Leben besorgt sein.

Der frühere demokratische, dann ins Zentrumslager abgewanderte Parlamentarier Daniel Plumenthal, der vor Kriegsausbruch nach Frankreich reiste, dann von der französischen Regierung zweimal nach Amerika geschickt wurde, um Wilson „aufzuklären“, machte dieser Tage nach seiner Rückkehr von Amerika in einer Versammlung vor Elässern auch gar kein Hehl daraus, was mit den noch im Lande verbliebenen Deutschen geschehen solle. Nachdem sich dieses politische Chameleon gebrüht hatte, den Präsidenten Wilson zu der Deutung der bekannten Erklärung (14 Punkte) im nationalitäts-französischen Sinne veranlaßt zu haben, erklärte er in der Versammlung nach einem Zeitungsbericht des „Elässer“ vom 2. Januar 1919:

„Die Schwaben haben keine Rücksicht verdient. Es muß „Geburt“ (gereinigt) werden im Lande. Wir müssen der Regierung mit Rot und Tat beistehen. Mitleid haben sie (die Deutschen) keines verdient, Mitleid sparen wir für andere auf. ... Und wenn sie sagen, sie haben nichts zu essen, so sagen wir: sie sollen warten, bis die anderen gesättigt werden. Und wenn sie sagen, sie haben nichts zu bezahlen, dann schicken wir einige Elässer hinüber, die finden schon etwas.“

Das Zentrumblatt „Der Elässer“ hebt am Schlusse des Versammlungsberichts hervor, daß die Ausführungen Plumenthal durch Weisfalisstürme unterbrochen wurden und Plumenthal mit Blumen beehrt wurde, während die Marjelliste erklart:

Plumenthal's Aufforderung, der Regierung mit Rot und Tat beistehen zu sehen, wird denn auch prompt ausgeführt. Das in französischer Sprache erscheinende Straßburger Blatt „Journal d'Alsace-Lorraine“ veröffentlicht unter der Rubrik „Oh s'ont ces Messieurs?“ (Wo sind diese Herren?) die Namen von Deutschen und Jungschäfern, die zur Ausweisung reif sind. Wenige Tage darauf erhalten die im „Journal d'Alsace-Lorraine“ Benannten dann ihre Ausweisung, die unter Zurücklassung ihrer Möbel und Bank- oder Sparkassenguthaben erfolgt. Was mit den Möbeln geschieht, weiß von oen Ausgewiesenen niemand. Bezeichnend ist jedenfalls, daß die französische Verwaltung an alle Elässer eine Aufforderung richtete, „wonach alle Personen, die aus irgendeinem Grunde Vermögensgegenstände im Besitze haben, die d e u t s c h e n oder österreichisch-ungarischen Staatsangehörigen gehören oder gehört haben, aufgefordert werden, hiervon dem Commissar du gouvernement Anzeige zu erstatten“.

So wird von seiten der französischen Regierung und ihren Spiheln alles darauf angelegt, das Volkstum mit

Stumpf und Stiel auszuroten. Das Denunziantentum steht in einer Blüte, die sich im umgekehrten Verhältnis zu der so sehr gepriesenen französischen Kultur und Mitterlichkeit verhält. Alle Parteien und Zeitungen Liebedienern und laufen sich den Rang ab. Gleich nach Einzug der Franzosen schwenkte das ehemalige Organ der eifrigen Sozialdemokratie unter Führung des Talmi-Sozialdemokraten Verzetes, der im Kriege nicht den Mut fand, nach seiner angeblichen Ueberzeugung gegen die Kriegskredite zu stimmen, und der nun durch Ansteden der französischen Kolonne seine gute französische Gesinnung demonstriert, um seine „deutschen“ Fehler vergessen zu machen, ins französische Fahrwasser ein. Die demokratische und Zentrumspresse wetteiferten untereinander, wessen französische Gesinnung reiner und unverfälschter sei. Die eifrige Presse ist heute moralisch so tief gesunken, daß sie sich nicht einmal scheut, arme harmlose Bürger zu denunzieren, nur um nach oben zu zeigen, welche treue Seelen die neue Regierung an ihnen hat. Um es nicht allzu auffällig zu machen, lassen sie die Denunzianten im sogenannten „Spredsaal“ ihr schmutziges Gewerbe treiben. In einer der letzten Ausgaben einer dieser Elässer Blätter wird sogar ein französischer Schutzmann denunziert, weil er früher deutscher Postbote war und trenn noch preussischer Manier seinen Dienst verließ. Wenn in einem Betriebe noch deutsche Arbeiter oder Angestellte sich befinden, sieht es am anderen Tage in der Presse und die französische Regierung arbeitet schnell.

Traurige Tage haben die Deutschen in Elsch-Lothringen erlebt und erleben sie noch heute. Das was die Ruffischeriesepolitik der gewesenen Machthaber einbracht hat, müssen nun friedfertige und unschuldige deutsche Bewohner der ehemaligen Reichslande austreiben. Aber all das entschuldigend das Vorgehen der französischen Regierung und eines großen Teiles der elsch-lothringischen Bevölkerung nicht. Die Herrschaft der Alldutschen in Elsch-Lothringen war verurteilenswert; die bisherige Herrschaft der Franzosen aber wird ewig ein Schandmal in der Kulturgeschichte ihres Landes und ihrer Nation sein und beruht sie des moralischen und sittlichen Rechts, über Deutschland ein Urteil zu fällen. Wenn sich die Franzosen rächen wollen, mögen sie sich an den ehemaligen deutschen Machthabern rächen; gegen unschuldige arme Männer, Frauen und Kinder mit Denunziationen, Ausweisungen, Enteignungen zu kämpfen, gilt auch nach dem Kriege noch als barbarisch und feige.

Branting über Frieden und Arbeiterforderungen.

Die Lage der deutschen Arbeiter ist kritisch.

Osag, 28. Januar. (Redung des Holländisch Neuwisbüro.) Aus Paris wird gemeldet: Branting, der schwedische Sozialistenführer, ist in Bern angekommen. Er erklärte einem französischen Journalisten gegenüber, daß das Ideal des Präsidenten Wilson das Banner wäre, um das sich alle europäischen Sozialisten scharen müßten, damit sie stark genug sind, um die Deutschen davon zu überzeugen, daß ein gerechter Frieden und nicht ein imperialistischer Frieden kommen solle. Branting sagte, daß Wilsons Ideale eine Garantie für den Frieden sind. Die Lage der deutschen Arbeiter sei kritisch und nur die Einfuhr genügender Rohmaterialien könne der Industrie wieder auf die Beine helfen. Noch immer behände die Gefahr, daß der Bolschewismus sich verbreite und England und Frankreich erreiche, wenn nicht genügend Maßnahmen dagegen getroffen würden. Die Bolschewisten haben die ganze russische Gesellschaftsordnung auf den Kopf gestellt. Die Tyrannie komme jetzt von den niedrigsten Stellen anstatt wie früher von den höchsten. Die sozialistische Konjunktur hoffe Einfluß auf die Beschlüsse der Friedenskonferenz zu gewinnen. Was wir verfolgen, so führte Branting aus, ist eine berechtigte Forderung der Arbeiterklasse. Wenn wir auch keine Einheitslöhne bekommen können, weil der Geldwert in den einzelnen Staaten verschieden ist, so wollen wir doch einen einheitlichen Zustand soweit wie möglich erreichen.

Industrielle Moorkultur.

Vor einiger Zeit war in dem Wahnwitz „Um Tod und Leben unserer Volkswirtschaft“ darauf hingewiesen worden, daß die Kultivierung der ungeheuren Moor- und Heidesflächen Deutschlands großen Nutzen unserer Arbeiterschaft fruchtbringende Arbeit sein könnte. Die Moorkulturen Deutschlands werden auf 23 bis 25 Millionen Hektar geschätzt, die anderen Ländererzien Preußens allein auf 1,5 Millionen Hektar. Wenn man demgegenüber den Flächeninhalt von Togo mit 8,7 Millionen Hektar, den der Somaliland mit sogar nur 275 000 Hektar gegenüberstellt, kann man ersehen, welche Bedeutung die Ausnutzung dieser Flächen gerade in unseren Zeiten für Deutschland hat.

Moore sind zusammenhängend mehr oder weniger große Lagerstätten von Torf, des Produktes eines Gemischten Ferkungsprozesses, bei dem sich aus Ueberresten abgestorbener Pflanzen Torf bildet, ein Vorgang, der sich noch heute in der Natur abspielt. Je nach dem Fortschritt dieses Ferkungsprozesses unterscheidet man Niedermoores, die zum Teil wenigstens als schlechte Weide landwirtschaftlich ausnutzbar sind, Übergangs- und schließlich Hochmoore, die für Landwirtschaft und Siedelung ohne Kultivierung unbrauchbar, mächtigen, weit ausgedehnten Torflager, deren obere Schicht der weiche Torf, deren untere Schicht der Spedtorf, oder schwarzer Torf bildet.

Die Kultivierung und Urbarmachung der Moore wird seit alterher geübt. Die Resultate, die Holland durch die Fehn- (auch Fern-) Kultur seiner Moore erzielt hat, wo aus den Flächen Mäntel mit Siedelungen bedecktes Land geschaffen wurde, sind bekannt. In dem letzten Jahrzehnt haben sich auch die deutschen Kreise mit der Frage der Hochmoorkultur intensiv befaßt. Es handelt sich nicht nur darum, Ackerland, sondern auch Siedlungsland zu gewinnen, auf dem im Gegensatz zu der sonst üblichen Kultivierung Häuser, ohne der Gefahr des Verfallens auf dem schwankenden Boden aufgeführt zu sein, gebaut werden können. Um die Moorkultur rasch und in großem Maßstabe durchzuführen, hat man zu technischen Mitteln gegriffen, die vor allem auch eine Verwertung des Torfes ermöglichen. Als Brennstoff wird Torf schon seit jeher in beschränktem Maße verwendet. Einer Verwertung im großen Maß und heilt die Transportfrage entgegen. Es liegt nun nahe, daß, wenn der Transport des Torfes unwirtschaftlich erscheint, ähnlich wie bei den Braunkohlelagern in letzter Zeit, Elektrizität durch die Verbrennung des Torfes an der Gewinnungsstelle erzeugt wird und daß dann die elektrische Energie in Hochspannungsleitungen bis an die Verwendungsstellen übertragen wird. Außerdem findet dann die elektrische Energie bei der Gewinnung des Torfes und der Kultivierung des Hochmoores selbst an Ort und Stelle ausgedehnte Verwendung.

Eine solche Anlage ist bereits vor einigen Jahren im Wiesmoor in Ostpreußen geschaffen und hat den Beweis ihrer Lebensfähigkeit und Rentabilität gebracht. Es werden dort 6220 Hektar Hochmoor kultiviert und anherdem elektrische Energie von 1400 Pferdekraften in drei Turbogeneratoren erzeugt. Die elektrische Energie wird vom Wiesmoor durch Fernleitungen bis nach

Leer, Emden, Oldenburg und Nürtingen bei 20 000 Volt Spannung übertragen. Die Kultivierung spielt sich in der Weise ab, daß das Moor durch Kanäle, Gräben und Wege in einzelne Kolonate von 5-10 Hektar Größe geteilt wird und so mit Hilfe von Drainböden entwässert wird. Die entwässerten Flächen können direkt, ohne daß vorher der Brenntorf abgetrennt wird, nach 4-1/2 Jahr gepflügt, gewalzt geegelt werden. Alle diese Arbeiten werden meistens auf elektrischem Wege durchgeführt. Der aus dem Torf der Kanäle u. a. gewonnene Torf genügt, um das Beet 20-30 Jahre zu befeuchten, während der auf der ganzen Fläche vorhandene Brenntorf für 450 Jahre ausreicht. Um den Brenntorf zu gewinnen, wird zuerst die obere Schicht, der weiche Moortorf, der als Torfstreu verwendet werden kann, von Hand abgegraben und dann der Brenntorf mit elektrisch betriebenen Baggern abgehoben. Die flachen Torfstreden werden dann von Hand oberflächlich vorge schnitten, später nochmals mit elektrisch betriebenen Schneidemaschinen in Sodens geschnitten und in Säulen geladete. Diese Säulen läßt man dann an der Luft trocknen, bis sie einen Wassergehalt von 25-30 Proz. haben, worauf sie mit Dampfkolonnen in Kraftwerk befördert werden, um entweder sofort unter den Wasserdampfesseln im Kraftwerk verfeuert oder in Mieten auf Vorrat aufgestellt zu werden. Bei dem Bau und Betrieb des Kraftwerkes war eine Fülle von schwierigen technischen Einzelfragen zu beachten, die alle eine befriedigende Lösung gefunden haben.

Eine zweite noch mehr versprechende industrielle Methode der Moorkultivierung ist das von Frank und Caro angegebene Bergausgangverfahren des Torfes, wodurch nicht nur elektrische Energie, sondern auch Düngemittel in großen Mengen gewonnen werden. Nach der Methode, die zuerst von Mond bei der Bergausgang von Sohle angewendet wurde, wird der Torf in Generatoren, das sind schachtelartige Gefäße, der Einwirkung von Luft und Wasserdampf unterworfen. Die Torfsubstanz wird dabei in ein mit Teer verunreinigtes Gas umgewandelt, das nach Reinigung von den Teerbestandteilen direkt in Gasmotoren zur Kraftergzeugung oder als Leuchtgas von großer Heizkraft verwendet werden kann. Wichtig ist dabei, daß zu diesem Verfahren Torf mit einem Wassergehalt bis zu 60 Proz. auch in grüßerer Form verwendet wird, der das ganze Jahr bis zum Eintreten von Eis gewonnen werden kann. Der Torf enthält aber auch Stickstoff in organischer Form, der durch den Wasserdampf in Ammoniak umgewandelt wird, das zur Herstellung von Schwefelwasserstoff, eines wichtigen Düngemittels Verwendung findet. Eine Tonne trockener Torfsubstanz gibt bei einem Stickstoffgehalt von 1 Proz. 40 Kilogramm, bei einem Stickstoffgehalt von 2 Proz. 80 Kilogramm Ammoniak und liefert außerdem noch soviel Kraftgas, daß mit ihm 900 elektrische effiziente Pferdestunden erzeugt werden können. Bei der Wirtschaftlichkeit der künftigen Düngung kann und dieses Verfahren, wie die Kultivierungsmethoden, dazu helfen, und von den Zukunften des allseitigen Exploits unabhängig zu machen. Es arbeitet bereits nach dem Frank'schen Verfahren im Schweger Moor bei Eschbrück ein Wert von 3000 Pferdekraften, das unter anderem auch elektrische Energie für die Stadt Eschbrück mit 20 000 Volt liefert. Das Verfahren eignet sich nur zur Ausnutzung in großem Maßstabe. Industrien, die nicht nur elektrische Energie, sondern auch hoch-

Die Internationale in Bern.

Bern, 28. Januar. Die vorbereitende Sitzung der internationalen Sozialistenkonferenz hat gestern begonnen. Derbeson teilte mit, daß er am Donnerstag von Paris zurück sein werde.

Bern, 28. Januar. Schweizerische Eisenbahngesellschaft. Der Bundsrat gab dem Komitee der internationalen Konferenz die Genehmigung, daß die Güter aller Delegierten visiert werden würden. Der bulgarische Vertreter Sobotow kam Montag in Bern an, er wurde von Seig. Dunsman und dem Sohne Hendersons empfangen. Den spanischen Delegierten war das Bahnhöfen von den französischen Behörden verweigert worden. Sie erhielten aber später die Durchreisegenehmigung der französischen Regierung zur Teilnahme an der Konferenz in Bern.

Rückkehr aus der Ukraine.

Berlin, 28. Januar. Der Heimtransport der zur Seereisegruppe Riewo gehörenden Truppen macht gute Fortschritte. In Vinski ist der letzte Truppentransport aus der Richtung Kowel eingetroffen. Darauf wurde Vinski am 26. Januar geräumt. In Sowurel sind aus der Richtung Riewo nur noch 25 Transportzüge zu erwarten. Voraussichtlich wird daher am 1. Februar die Ukraine von den deutschen Truppen bis auf die in Nikolajew und Odessa abgebliebenen Truppen geräumt. Sämtliche Truppen, die zu Fuß zurück-mariierten, haben die Linie Vinski-Kowel in westlicher Richtung überschritten.

Wieviel Brot gibt es in der Welt?

Amerikanische Rechnung.

Osag, 28. Januar. Holländisch Neuwisbüro meldet aus Washington: Das Lebensmittelamt stellt fest, daß für Europa einschließlich Deutschlands und des früheren Deutscher-Angarns für das Jahr 1919 728 Millionen Bushels Getreide notwendig sind. Hiervon haben Kanada, Argentinien und Australien einen Ueberüberschuß von 405 Millionen, während die Vereinigten Staaten einen Ueberüberschuß von 277 Millionen Bushels haben. Daraus würde sich ein Gesamtüberschuß von 44 Millionen Bushels ergeben. Bei einer höheren als der gegenwärtigen Nahrungierung würde sich jedoch ein Manko geltend machen. Da nun eine Erhöhung der Nahrungierung geplant ist, so wird praktisch mit einem Manko von 100 Millionen Bushels Getreide zu rechnen sein. (Ein Bushel oder Scheffel ist 36,35 Liter.)

Gegen die neue Sklaverei!

Ein Volksbund zum Schutz der deutschen Gefangenen.

Die Zurückhaltung der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen hat bereits nach Abschluß des Waffenstillstandsvertrages unter ihren Angehörigen schwerste Besorgnis hervorgerufen. Die Befürchtung steigerte sich, als in der feindlichen Presse gänzlich und offen der Gedanke ausgesprochen wurde, die Kriegs- und Zivilgefangenen zur Zwangsarbeit in den kriegsüberbeerten Gebieten Nordfrankreichs und Belgiens zu verwenden. In den Weihnachtstagen haben sich unter der Führung von Ausgetauschten die Angehörigen der Gefangenen, die sich bereits in einzelnen Teilen Deutschlands organisiert hatten, zu einem Reichsbund zu Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen zusammengeschlossen. In kürzester Zeit waren bereits über 100 Ortsgruppen entstanden, am 12. Januar fand die erste Delegiertenversammlung des Reichsbundes statt. Zum Vorstande wurden solche Kriegsgefangenen gewählt, die bereits in der Gefangenschaft für ihre Kameraden eingetreten waren und seit ihrer Heimkehr in der Kriegsgefangenenfürsorge arbeiten. Hinzu traten Mitglieder von nach Russland entlassenen Kommissionen, die sich unter schweren Gefahren den Weg in die Heimat gebahnt haben. Der Reichsbund wurde in einen Volksbund verwandelt, um zu zeigen, daß er an einer das ganze Volk ohne Unterschied der Partei interessierenden Frage arbeitet. Seine Geschäftsstelle befindet sich in Charlottenburg, Tegeler Weg 17-20.

Notizen.

— Vorträge. Ged. Feide vom Landesheuer Tredden spricht in der literarischen Vereinigung des Berliner Lehrervereins am 30. Januar, abends 8 Uhr, im Gymnasium zum Grauen Kloster, Köpenicker Str. 73: „Von kommenden Reich“, Dichtungen von Kaiserkrönung und Menschheitsglück. Eintritt frei für jedermann. — Johannes Hermann trägt am 8. Februar im Alindworth-Schwanen-Saal, Köpenicker Str. 70, Goethe, Nietzsche und Tolstoi vor.

— Sturmabend. Am 29. Januar, abends 7 1/2 Uhr, trägt Rudolf Künzler in der Kunstausstellung „Der Sturm“, Potsdamer Str. 184a, expressionistische Dichtungen von August Stramm, Adolf Kluge und Lotar Schreyer vor.

— 1918. Karl Sternheims Drama „1918, eine Satire auf den Kapitalismus, die während des Krieges verboten, den Zusammenbruch vorweg nimmt, hatte bei der Uraufführung im Frankfurter Schauspielhaus Erfolg.

— Ausstellung des Grünwald-Altars. In der Münchener Pinakothek ist jetzt Grünwalds Rosenheimer Altar und Schöngauer Maria im Hofenag aus der Maximalstadt in Colmar ausgestellt. Dem Betrage nach, der seinerzeit die Stadt Colmar geschlossen hat, würde die Galerieleitung das Recht besitzen, jetzt noch fünf Monate den Altar zu zeigen.

— Zusammenkunft der preussischen Künstlerverbände. Um die Künstlerarbeit gegenüber der neuen politischen Lage sicherzustellen, tritt Professor Rudolf Schülle im Hofe, der erste Vorsitzende des Vereins Berliner Künstler, in den „Kunstnachrichten“ für einen Zusammenschluß der preussischen Künstler ein. Er schreibt: „Die Künstler müssen ihren Einfluß auf die öffentlichen Kunstpolitik suchen. Die bestehenden Künstlerorganisationen genügen aus dem Grunde nicht, weil ihrer zu viele sind. In Preußen ist ein Zusammenarbeiten in gemeinsamen Fragen bereits durchgeföhrt, daß die einzelnen Künstlerverbände in den Vereinigten Künstlerverbänden Preußens“ (Geschäftsstelle Verein Berliner Künstler) gemeinsam beraten und handeln. Zum Vorchehen in der Heerenhausfrage hatten sie sich mit den schaffenden Künstlern und Schriftstellern zusammengeschlossen. Dieser Zusammenschluß wird jetzt zu einer dauernden Einrichtung festgelegt unter dem Namen „Bund der freien Künste“, der dann mit ähnlichen oder gleichen Organisationen der Bundesstaaten in festen Verband treten soll.“

Groß-Berlin

Die Kohlenkrise.

Die Nachricht, daß die Berliner Industrie schon demnächst von der elektrischen Kraft abgeschnitten würde, ist in der Form, wie sie von den Blättern verbreitet wurde, nach Informationen an zu ständiger Stelle nicht zutreffend. Bestimmte Beschlässe in dieser Richtung sind noch gar nicht gefaßt. Allerdings stehen die Erwägungen der beteiligten Stellen die Stromabstellung in ihren Kreisen. Sollte sie unabweislich sein, so würde die davon betroffene Berliner Industrie zwei bis drei Tage vorher verständigt werden.

Um das Unheil von Berlin abzuwenden, wird der Reichskommissar im Verein mit dem Eisenbahnministerium alles tun, um die Zufahren von Westfalen her auf täglich 8000 Tonnen zu steigern. Ob der Versuch gelingt, ist im wesentlichen eine Transportfrage. Von seinem Ausfall hängt es ab, ob die Stromablieferung durchgehalten werden kann. Die Lage in Oberdeutschland ist andauernd sehr ungünstig.

Noch noch Milchstreik?

Die angestrebten Verhandlungen zwischen den Milchhändlern und der Zeitstelle Groß-Berlin haben leider nicht zu einer Einigung geführt. Die Milchhändler und die Händler hatten die Zeitstelle aufgefordert, sich dem Spruch des Einigungsamts des Gewerbegerichts zu unterwerfen. Darauf ist die Zeitstelle nicht eingegangen, sondern hat sich vielmehr an das Kriegsernährungsamt gewandt, das eine Entscheidung bereits am Dienstag für die nächsten Tage in Aussicht stellte. Hiergegen protestiert nun der Verein der Berliner Milchpächter mit allen ihm angeschlossenen Organisationen und bezieht darauf, daß die Zeitstelle in öffentlicher Verhandlung vor dem Gewerbegericht ihren Standpunkt in der Frage der Milchpreiserhöhung rechtfertigen. Angekündigt wird die Verhandlung vor dem Gewerbegericht morgen stattfinden, ohne daß die Zeitstelle einen Vertreter entsendet. Die Folge hiervon ist wiederum, daß die Milchhändler, wenn nicht in letzter Stunde die von ihnen einberufene Versammlung anders beschließt, in den Austausch treten.

Gegen die Zeitstelle werden von den Milchhändlern und Produzenten sehr schwere Vorwürfe erhoben, die wir wegen des Raum-mangels nicht wiedergeben können.

Die Zeitstelle Groß-Berlin äußert sich dahin, daß sie eine Verhandlung vor dem Gewerbegericht ablehnen müsse, weil das Einigungsamt zwar für Arbeitnehmer und Arbeitgeber, nicht aber für eine Behörde und die ihr unterstellten Betriebe zuständig sei. Ein Streik der Milchhändler und Milchbesitzer werde für die Berliner Bevölkerung, wenn er überhaupt kommen sollte, von nicht allzu schweren Folgen begleitet sein, da die Zeitstelle Vorkehrungen getroffen habe, um die für die Kinder notwendige Milch den Verbrauchern auf anderem Wege zugänglich zu machen.

Kommunalfizierung der Milchversorgung.

Die Milchversorgung Groß-Berlins ist durch das Reichsernährungsamt auf Grund der bereits auch öffentlich bekanntgewordenen Forderungen des Milchgroß- und Kleinhandels einer eingehenden Prüfung unterzogen worden. Das Reichsernährungsamt sieht seine Ermittlungen noch weiter fort und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß, wenn eine übermäßige Steigerung der vom Zwischenhandel verlangten Zuschläge nicht vermieden wird, die Kommunalverwaltungen Groß-Berlins unbedingt zu einer schleunigen Kommunalfizierung der Milchversorgung schreiten müssen.

Verkehrverbesserungen im Sorsortverkehr werden auf den Strecken Schleißer Bahnhof - Kaulsdorf und Schleißer Bahnhof bis Stralauer Durchfahrt werden. Die Jäger nach Kaulsdorf erfahren eine neue Vernehmung. Die auf der Strecke Grünau bezw. Niederhönoweide - Stralau - Nummelsburg zur Zeit des starken Verkehrs fahrenden Jäger enden bezw. beginnen vom 30. d. Mts. ab auf dem Schleißer Bahnhof. Reisende von oder nach dem Nordring, die bisher in Stralau - Nummelsburg auf dem Vollzugsbahnsteig F in diese Jäger umsteigen konnten, bewerkstelligen den Ubergang nunmehr zwinzünftig auf der Ringbahnstation Treptow. Vom gleichen Tage ab werden auch die Jäger auf dem Nordring während der Zeit des starken Verkehrs vermehrt, so daß dann die Zugpaare auf der Strecke Stralau - Nummelsburg - Wehensee auf 5 Minuten und zwischen Nummelsburg und Westend auf 10 Minuten vergrößert werden.

Die Stadtverordnetenwahlen sollen in Groß-Berlin am Sonntag, den 25. Februar, stattfinden, und zwar nach den schon benutzten Listen für die Deutsche Nationalversammlung. Die Vorschlagslisten müssen schon bis zum 4. Februar beim „Wahlvorstand“ eingereicht sein. Die Haushaltspläne können dann, wenn die Stadtverordneten-Versammlungen sofort zusammengetreten, noch vor dem 1. April in den Gemeinden beraten werden.

Der Vollzugsrat Groß-Berlin

hat gestern noch länger, lebhafter Diskussion folgende Resolution mit 12 gegen 6 Stimmen angenommen:

Der Vollzugsrat mißbilligt auf das Entschiedenste die militärischen Maßnahmen, die am Sonntag, den 26. Januar, anlässlich der Reichsfeier der Opfer der letzten Kämpfe getroffen worden sind. Er erklärt in dem Auftrage von Geschützen, dem schußfertigen Aufstellen von Maschinengewehren und in den Straßenabsperrungen eine Verunehrung der Berliner Bevölkerung.

Der Vollzugsrat verlangt weiter die baldmöglichste Auflösung der Bürger- und Studentengewehre, wie überhaupt Waffenabgabe aller Zivilpersonen.

Der Vollzugsrat hat sich wiederholt mit der Inhaftierung seines Mitgliedes Ledebour beschäftigt und Anträge zur Freilassung an die Regierung gerichtet. Ledebour ist jetzt dem Zellengefängnis in der Leichter Straße zugeführt worden. Sein Aufenthalt in diesem ehemaligen Justizhaus wurde allseitig bedauert. Nach kurzer Diskussion wurde folgender Antrag einstimmig angenommen:

Der Vollzugsrat fordert auf das Entschiedenste die größtmögliche Beschleunigung des Verfahrens gegen sein Mitglied Ledebour und verlangt unter allen Umständen während der Zeit seiner Verhaftung eine seinem Alter und seinem Gesundheitszustande entsprechende Behandlung. Sollten nicht schwerwiegende rechtliche Bedenken entgegenstehen, so wird die sofortige Freilassung Ledebours verlangt.

Der Vollzugsrat wählt außerdem eine Kommission von drei Mitgliedern, die sofort mit der Regierung zwecks Freilassung des Genossen Ledebour verhandeln soll. Sodan wurde einstimmig beschlossen:

Der Vollzugsrat ersucht den Rat der Volksbeauftragten, die ihm vorgelegten Richtlinien für Arbeiterräte auf das Echnellste zu prüfen und ihre Entscheidung zu treffen, da die unsichere Stellung der Arbeiterräte von der Arbeiterschaft von Tag zu Tag empfindlicher wird. Im Interesse einer Beruhigung der Arbeiterschaft ist die schleunige Erledigung der vorgelegten Richtlinien durch die Volksbeauftragten dringend ge-

boten, wie auch die endliche Regelung des Verhältnisses der Arbeiterräte dem Unternehmertum gegenüber unbedingt notwendig ist."

Arbeiterräte der S. P. D.

Versammlung Mittwoch nachmittag 4 Uhr im Sitzungssaal des Herrenhauses.

Kommunale Arbeiterräte der S. P. D.

Versammlung Donnerstag nachmittag 4 Uhr im Festsaal des Herrenhauses. S. A.: Otto Frank.

Vollversammlung der A. u. S.-Räte.

Am Freitag, den 31. Januar 1919, vormittags 9 1/2 Uhr, findet im großen Saale der Philharmonie, Berlin SW, Bernburger Str. 22/23 (Nähe Potsdamer Platz) eine

Versammlung der gesamten Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins sowie der in den dem Zweckverband Groß-Berlin angeschlossenen Kommunen gewählten Arbeiterräte statt.

Tagesordnung:

1. Räteystem - Nationalversammlung - Verfassungsentwurf.
2. Diskussion.
3. Bericht der Volksbeauftragten über die Vorgänge der letzten Wochen.
4. Bericht des Vollzugsrats über die Vorgänge der letzten Wochen.
5. Diskussion.

Nur diejenigen Arbeiter- und Soldatenräte haben Zutritt, die sich durch die grüne bezw. weiße Legitimationskarte ausweisen können.

Die durch die Zentralstelle der Arbeiter- und Soldatenräte der Kreise Teltow und Niederbarnim ersetzten Landgemeinden sind berechtigt, je einen Vertreter der beiden sozialistischen Parteien zu entsenden.

Kaisertelegramme in Schulen.

In einem Exkurs am Schöneberger Ufer werden die Kinder der einzelnen Klassen veranlaßt, an den ehemaligen Kaiser ein Geburtstagstelegramm abzuwickeln. Es ist zu erwarten, daß die zuständige Stelle diesem Ansatze steuert. Es ist das gute Recht der Lehrer und Lehrerinnen, in ihrem Privatleben Kaiserinnen zu sein; aber diesen Gefühlen in der Schule Ausdruck zu verleihen und sie den Kindern aufzuzwingen, ist unangebracht und muß unterbleiben.

Auch von der Pädagogik der höheren Mädchenschule Treptow wird und dieselbe Heberhebung reaktionärer Lehrkräfte berichtet. Eine Lehrerin bestreite den Kindern schwarzweiße Schleifen an.

In einer Schöneberger Schule erzählt man den Kindern, Wilhelm müsse in einem Hause wohnen, wo der Wind durch die Wände der Wände pfeife. Darum wolle er so glücklich sein, wenn die Kinder seiner telegraphisch gedächten.

Das Schloß in Amerongen ist eines der schönsten Besitztümer in Holland, wie uns ein Kenner mitteilt.

Staats- und Gemeindebeamte!

Versammlung der Vertrauenspersonen und des Zweckverbandes morgen Donnerstag, nachmittags 6 Uhr, im Jugendheim, Lindenstr. 3.

Techniker! Heute abend 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Lindenstr. 3, 2. Hof, 8 Treppen, Vortagung über die Gemeindevenden. Alle Techniker, Chemiker, Krantellen usw., die auf dem Boden der S. P. D. stehen, sind zur Teilnahme eingeladen.

Ein Protest. Der Arbeiterrat der R. A. G. sendet uns folgende Zeilen: Zu der Notiz des „Vorwärts“ vom 25. 1. 19 (Morgenausgabe) „Ein Protest“ ist folgendes zu sagen: Der Beschluß, den Betrieb anlässlich der Verdigung der Revolutionsofener ruhen zu lassen, ist gegen eine Stimme von den sämtlichen Vertrauensleuten und Betriebsräten der Arbeiterschaft der R. A. G. beschlossen worden. Wie der Einsender von einem Protest der Vertrauensleute sprechen kann, ist uns unverständlich.

Blutiger Eggeß in einem Tanzkabarett.

In dem „Kabarett Roland“, einem Tanzlokal in der Elßner Str. 21, kam es in der Nacht zum Montag zu einem leibhaftigen Zusammenstoß. Zuschauer und andere zweifelhaft Personen wollten nach ausgiebigem Alkoholgenuß die anwesenden Juden hinauswerfen. Es kam in einer Schlägerei, bei der ein Teil des Inventars zertrümmert wurde. Schlägler und Mannschaften der Republikanischen Schutztruppe drangen in das Lokal ein, um Feierabend zu gebieten. Der Oberonienist, ein Jährling, entließ einem Soldaten das Gewehr und feuerte auf die Soldaten, die hierauf ihrerseits Feuer gaben und hierbei mehrere Personen verletzten. Sofort alarmierte in der Nähe stationierte Patronen der Schutztruppe sperrten sofort alle Ausgänge des Lokals und nahmen eine gründliche Razzia vor, bei der sieben Personen verhaftet, von denen vier Leute als Haupttäter in Haft behalten wurden.

Der Doppeltotschlag in der Kantstraße, über den wir wiederholt berichtet, wird jetzt seine Ursache finden. Der Charlottenburger Kriminalpolizei gelang es, eine genaue Beschreibung des Täters und seiner Begleiterin zu erlangen. Sie setzte auf seine Ergreifung auch eine Belohnung von 1000 M. aus. Gestern abend haben Berliner Kriminalbeamte in einem Kaffeehaus in der Friedrichstraße einen Gaß, auf den die Beschreibung paßte und nahmen ihn fest. Die Persönlichkeit des Täters muß noch festgestellt werden.

Sämtliche Arbeiter-Zamoxiter, welche sich her machen können, werden dringend erbeten, zur Verteidigung der Revolutionsofener heute, am Mittwoch, den 29. d. M., mittags 1 Uhr pünktlich, sich in der Station Friedrichstraße mit Armbrust usw. dem Vorstehenden zur Verfügung zu stellen.

Konjunktionsgenossenschaft Berlin u. H. Mitgliederversammlung der 29. Vorstandsstelle heute, Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr, im Saal 3 des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15.

Der Korpverband der aktiven Unteroffiziere wurde am 28. Januar 1919 gegründet. Die vorläufige Geschäftsstelle befindet sich W 82, Karlshofstr. 62/69. Der Korpverband vertritt die Interessen der aktiven Unteroffiziere. Er enthält sich jeder politischen Parteinahme.

Schöneberg. Die Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich mit dem Dringlichkeitsantrag der demokratischen Partei, bei den zuständigen Regierungsstellen entschieden Einspruch gegen die unzulässige polizeiliche Überwachung in Groß-Berlin zu erheben und eine ausgiebige Straßenbeleuchtung auch in der Nachtzeit zu verlangen. - Wener (Dem.) führte aus, in der Beleuchtungsfrage herrschen geradezu skandalöse Zustände. Während Kerk, Apotheker und wichtige Verufe im dunkeln arbeiten müssen oder die Beleuchtung sehr eingeschränkt ist,

wird in den Tanzlokalen bis in den Morgen hinein größte Lichtverschwendung getrieben. Die Polizei kehrt der Polizeistunde machtlos gegenüber, so erklärte die Berliner Kohlenstelle. Die Abtretung der Polizeistunde wird dem einzelnen sehr leicht gemacht, da Strafbestimmungen nicht bestehen. Jagow erklärt, früher, da gab es einmal eine Polizei, jetzt sind andere Zustände eingetreten. Wir nähern uns Zeiten, die jeder Kultur das Lebenslicht ausblenden. Genosse Czaminski betonte demgegenüber, daß die Polizeistunde überall gleich ist. Allerdings gegen geschlossene Gesellschaften, in denen Kriegsgewinnler, Schieber und ähnliche zweifelhafte Elemente ihr Wesen treiben, war bisher jede Polizei machtlos. Die Würger derartiger Lokale und Razzien haben sich noch nie um das Wohl und die Not des Volkes gekümmert. Wenn es so weiter getrieben wird, dann stehen in nächster Zeit alle Betriebe still, weil es an Kohlen fehlt. - Dem Antrag wurde zugestimmt.

Ein weiterer Dringlichkeitsantrag forderte zum Protest auf gegen den Preussischen Verfassungsentwurf, der eine Verfassung für Preußen vorsieht und dessen wirtschaftlichen Untergang bedeutet. - Teufert (Dem.) ersucht dahin zu wirken, daß sämtliche Gemeinden den schärfsten Protest dagegen einlegen. - Gottschalk (Dem.) meint, es gilt abzuwarten, ob der Verfassung nicht der Zweck verfolge, gerade dadurch viel eher zu einer Reichseinheit zu kommen, daß möglichst viele Landestelle eine Autonomie erhalten. - Gen. Verstein will in dem Entwurf nicht die Ablicht erbliden, daß Preußen zerstückelt wird. Ein neuer Aufbau muß geschaffen und da gilt es in Ruhe abzuwarten. Ein Grund zum Protest liegt nicht vor. - Oberbürgermeister Dominicus hält den Entwurf für verhängnisvoll. Das reine Wirtschaftliche ist schon dagegen. Die preussischen Zentralbehörden würden alle aufhellen und das bedeutet für Berlin eine große Schädigung. Die Reichshauptstadt hätte aufgehört zu existieren. Darum ist der Protest gerechtfertigt. - Gobel (Dem.) weist auf das blühende Herz der Deutschnationalen hin, das jetzt plötzlich entdeckt wird. Als Watoki zuerst mit dem Vorschlag kam, da schwiegen die jetzigen Antragsteller sich aus. Der Einheitsstaat Deutschland muß erhalten bleiben. Der Antrag wurde angenommen.

Die Deputation zur Beratung der Gehalts- und Lohnverhältnisse der städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter hat die Beratungen hinsichtlich der Entlohnung der Hilfskräfte und der Arbeiter beendet. Die Vertreter der Beamten wünschten Verhandlung um mit ihren Kollegen Rücksprache zu nehmen. Für die Entlohnung von Hilfskräften zu vorübergehenden Dienstleistungen im mittleren und Unterbeamtendienst wird vom 1. Februar dieses Jahres neben den bisherigen Zebrungszulagen von 50 bzw. 40 M. monatlich für den nicht erwerblichen Ehegatten ohne Einkommen und für jedes zu unterhaltende Kind unter 15 Jahren ein Zuschlag von monatlich je 30 M., bei verkürzter Arbeitszeit ein Zuschlag von 15 M. den Monat gewährt. Die zurückgelegte Dienstzeit ist bei Entlohnung in die neue Besoldungsskala anzurechnen. - Die bisher gewährten Konjunkturzulagen fallen fort. - Für den Monat Januar 1919 erhalten die Hilfskräfte eine außerordentliche Zuwendung, die für jeden Kalendermonat städtischen Dienstes beträgt: 1,00 M. für Jugendliche unter 18 Jahren, 1,50 M. für Ledige, 2,00 M. für Verheiratete, Witwer und Witwen mit Kindern unter 15 Jahren. Diese Zuwendungen erhalten Personen, die am 31. Januar d. J. noch im städtischen Dienst stehen. Die Zuschläge für Ehegatten und Kinder erhalten auch diejenigen Hilfskräfte, deren Monatsvergütung 330.- M. nicht übersteigt. Andersfalls kann der Kapitalist Aufbesserung gewähren.

Die Arbeiter, die im Loktaris angeschlossen sind, erhalten unter den gleichen Voraussetzungen einen Zuschlag von 10,50 M. einschließlich der Sonn- und Feiertage. Arbeitsbedürftigen erhalten 1 M. und Arbeiterinnen 1,50 M. Der Beschluß gilt bis Ende März dieses Jahres. - Personen im mittleren Beamtendienst in leitender Stellung erhalten Aufwandslohn, männlich 250 M., weiblich 190 M., nach 6 Monaten, männlich 240 M., weiblich 210 M., nach 12 Monaten männlich 260 M., weiblich 230 M., nach weiteren 12 Monaten männlich 280 M., weiblich 250 M. Personen in verantwortungsvollen Stellen mit längerer Erfahrung im Bureau- und Kassendienst, auch Stenographinnen, männl. 190 M. n. 6 Mon., 200 M. n. 12 Mon., 210 M. n. weilt. 12 Mon. 220 M. weibl. 160 . . . 8 . . . 170 . . . 12 . . . 180 . . . 12 . . . 190 . . .

Personen für einjährige Hilfeleistung männl. 160 M. n. 6 Mon., 170 M. n. 12 Mon., 180 M. n. weilt. 12 Mon. 190 M. weibl. 130 . . . 8 . . . 140 . . . 12 . . . 150 . . . 12 . . . 160 . . .

Hälften im Alter von 18 bis 20 Jahren (männlich und weiblich) 110, 120 und 130 M. Hälften unter 18 Jahren, männlich, weiblich, 90 bzw. 100 M. Personen im Unterbeamtendienst, männlich: 160, 170, 180, 190 M.; weiblich: 120, 130, 140, 150 M. Hälften im Alter von 18 bis 20 Jahren: 100, 110, 120 M. Hälften unter 18 Jahren, 15 Jahre 60 M., 16 Jahre 70 M., 17 Jahre 80 M. Leiter von Vorkommungskommissionen 80, 100, 110, 120 M. Hilfskräfte in Vorkommungskommissionen 60, 60, 100, 110 M. Ueberstundenbezahlung an Wochenagen pro Stunde in den Klassen A II bis IV, B I, C I und II männlich 1,20 M., Sonn- und Feiertag 1,50 M.; weiblich 1 M., Sonn- und Feiertag 1,20 M. Klassen A IVa, IVb und B II männlich 1 M., Sonn- und Feiertag 1,20 M.; weiblich 0,80 M., Sonn- und Feiertag 1 M. Klassen B IIIa männlich und weiblich 0,50 M., Sonn- und Feiertag 0,60 M.

Genosse Mohs begründete diese Vorlage und ersucht um Annahme, da die Verbesserungen ganz erheblich sind. Die Versammlung beschloß demgemäß. Hierauf folgte geheime Sitzung.

Schöneberg. Warum müssen sich die Kriegserwitwen organisieren? Ueber dieses Thema spricht am 31. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im „Schwarzen Adler“, Schöneberg, Hauptstraße 144, in einer öffentlichen Versammlung für die Kriegserwitwen der Kamerad Tiedt vom Reichsbund der Kriegserwitwen und ehem. Kriegsteilnehmer.

Neußeln. Gas- und Elektrizitätssteuerung.) Auch bel uns beantragt der Magistrat aus den abbestimmten Gründen, den Grundpreis für Gas von 20 auf 34 Pf. für den Kubikmeter und den Preis für elektrischen Strom von 50 auf 80 Pf. für die Kilowattstunde (hoher Lichtpreis) und von 20 auf 30 Pf. für die Kilowattstunde (niedriger Lichtpreis und Kraft), beginnend mit der Januar-Ausnahme-Periode, zu erhöhen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Schöneberg. Heute abends 7 1/2 Uhr, in der Aula der Hohenzollernschule, Weigler Str. 48/53, Mitgliederversammlung.

Stralau. Die Wahlereinderwahlversammlung findet morgen abend 7 1/2 Uhr bei Bollschütz statt. A. Stellung der Kandidaten zur Gemeinderatswahl.

Lichtenberg. Freitag, den 31. Januar, abends 7 1/2 Uhr, Viertelversammlung in folgenden Lokalen: Qdrei, Wühlstraße 30, Edder, Hauptstr. 29, Meyer, Wühlstraße 7, Aula des Volkshausmuseums, Prinz Albrechtstr. 44, Wandburg, Hauptstr. 44 (am Bahnhof Lichtenberg-Friedrichstraße), Krüger, Kornmannstr. 38. Tagesordnung: Stellungnahme zu den bevorstehenden Gemeinderatswahlen, Aufstellung der Kandidaten. Die Wahlen erfolgen auf Grund des gleichen Wahlrechts für Männer und Frauen. Die Parteimitglieder müssen deshalb vollständig erscheinen.

Wetzlar. Die mittlere Norddeutsche 218 Donnerstag mittag. Stenisch treibe, neblig bei mäßigen nördlichen Winden und bröckelnd westlich der Oberflur leichte Schneefälle, langsame neue Abkühlung.

Die Zurückhaltung von einer Million Deutschen bedeutet ein Verbrechen gegen die Grundsätze der Menschlichkeit und muß zur Folge haben, daß das deutsche Volk den Glauben verliert, daß der Gegner ehrlich mit ihm ist, einen Frieden zu schließen, der auf Grund des Rechtes und der Menschlichkeit aufgebaut, zur Befriedung der Völker führen soll. Die Aera des Völkerbundes kann nicht beginnen mit der Wiedereinführung der Sklaverei. Das ist die Meinung des ganzen deutschen Volkes, und sie muß so laut ausgesprochen werden, daß sie bis in den letzten Winkel des Erdballs gehört wird.

Aufruf zum Schutz der Heimat. Freiwillige vor!

Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik (Gra. Cohen) und der Oberbefehlshaber der Regierungstruppen in Berlin, Noske, erlassen folgenden Aufruf: An alle deutschen Männer:

Von Tag zu Tag nimmt die unserer Heimat vom Osten drohende furchtbare Gefahr zu. Russen, Polen und Litauern greifen nach deutschem Besitz. Schon stehen die Armeen der Völker wie in den Toren Ostpreußens und die Polen weit in altdeutschem Gebiet. Auch im Innern unseres Staatskörpers macht die bolschewistische Bewegung weitere Fortschritte. Ungeachtet des namenlosen Elends, das der Bolschewismus über das russische Volk herauf beschworen hat, bereiten gewissenlose Elemente von neuem den blutigen Kampf gegen die Regierung und gegen die kommende Nationalversammlung vor.

Wehe Euch, wenn es einer terroristischen Minderheit gelingt, die Macht an sich zu reißen! Statt der verheißenen Freiheit wird, wie in Rußland, Hunger, Knechtschaft, Erwerbs- und Rechtslosigkeit das Los unseres Volkes sein.

Wehe Euch, wenn Heere fremder Völker über die östlichen Grenzen hereinbrechen!

Euch allen, die Ihr vier Jahre lang die deutsche Heimat heldenhaft geschützt habt, gilt in erster Linie dieser Mahnruf. Helft auch jetzt mit, die bitterste Not abzuwenden.

Meldet Euch bei den Freiwilligenverbänden, die die Regierung zum Schutze der Grenzen und zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung im Innern aufgestellt hat. Kommt nach Berlin zur Garde-Kavallerie-Schützen-Division (Verdubureau Deutsches Künstlertheater, Nürnberger Str. 70), zum Regiment Reinhard (Moabit, Neues Kriminalgericht, zum Landes-Jäger-Korps (Steglitz, Albrechtstr. 131); zum Landes-Schützen-Korps (Berlin, Joachimsthaler Str. 38), zum Freikorps Hülsen (Kuisenkafe, Berliner Straße, Charlottenburg, Rantestr. 34).

Meldet Euch bei den von den Generalkommandos in der Provinz aufgestellten Freiwilligenverbänden und bei den Bezirkskommandos.

Pflicht aller Behörden und Privatunternehmer ist es, die Werbung mit allen Mitteln zu unterstützen. Sie müssen im Interesse der großen Sache dafür sorgen, daß die sich freiwillig Meldenden keinen Schaden für ihre dienstliche, geschäftliche und wissenschaftliche Zukunft erleiden.

Die Vollversammlung der Soldatenräte.

Falsche Beschuldigung Reinhardts.

Berlin, 23. Januar. Die nächste Vollversammlung der Großen Berliner Soldatenräte findet am Donnerstag, den 30. Januar, nachmittags 3 Uhr, im Plenarsitzungsraum des Abgeordnetenhauses, Prinz-Albrechtstraße, statt. Vorderstehende Fraktionsmitglieder werden abgeholt am Mittwoch, den 29. Januar, 6 Uhr nachmittags für die Mehrheitsfraktion im Herrenhaus, Zimmer 20; für die U. S. P. D. im Abgeordnetenhause, Saal 17. Vordrucke Tagesordnung: 1. Bericht des Bureau; 2. Bericht der in letzter Vollversammlung ernannten Wähler-Kommission; 3. Erledigung der Beiträge im Auftrag Schabeler.

Zum Bericht über die vorgelagerte Versammlung ist noch nachzutragen, daß Vicesfeldwebel Wachholz im Auftrag des Obersten Reinhard erklärte, dieser habe die ihm zugeschriebene Äußerung: er wolle die Soldatenräte nach der Nationalversammlung an die Wand stellen, niemals getan.

Die Lage in Wilhelmshaven.

Zunächst Ruhe auf Grund von Verhandlungen.

Ueber die Lage in Wilhelmshaven wird dem BVA von zuverlässiger Seite mitgeteilt: Nachdem gestern früh die Gewalt in der Festung Wilhelmshaven an die Spartakisten übergegangen war, stellten Telegraph und Eisenbahn, sowie die Offiziere, Beamten und Kerze ihre Tätigkeit ein. Es kam heute nacht zu Infanterie- und Artilleriekämpfen zwischen Berufssoldaten und Spartakisten, die an die tausend Mann in die Kasernen eingedrungen waren und entwaffnet wurden. Heute vormittag herrschte eine starke Spannung zwischen den Berufssoldaten und den Werkarbeitern, die sich bewaffnet hatten. Es kam zu kleineren Kämpfen.

Auf Grund von Verhandlungen ist zunächst Ruhe eingetreten. Post und Eisenbahnen streiken bis zur Erfüllung von Sonderforderungen, die hier noch nicht bekannt sind, weiter. Die beiderseitigen Verluste betragen ungefähr 6 Tote und 20 Verwundete.

Nach einer Meldung des „Hamburger Fremdenblattes“ aus Wilhelmshaven sind von der dortigen Funkstation am Dienstag folgende Funkprüche abgegangen:

An Staatssekretär Noske, Berlin: Ruhe in Wilhelmshaven wieder hergestellt, Eintreffen Berlin am Freitag. Acht.

An A. und S. M. Ahlhorn: Lage hier ruhig. Einzelne Unstimmigkeiten werden im Laufe des Tages beseitigt.

21er Kat in Wilhelmshaven.

Keine zwangsweise Einberufung.

(Amlich.) Unter der Überschrift „Zwangsweise Einberufung“ behauptet die „Freiheit“ vom Dienstagabend aufs neue, daß zwangsweise Einberufungen zum Heeresdienst erfolgen, und druckt zum Beweis ein Dokument ab, das folgenden Wortlaut hat: „Trainerreiter H. N. Berlin. Sie haben sich binnen 3 Tagen nach Empfang dieses Schreibens bei obigem Truppenteil zu melden, andernfalls erfolgt Verhaftung.“

Es sei festgestellt, daß von keiner Stelle aus irgendwelche Einberufungen zum Heeresdienst stattgefunden haben oder stattfinden. Es kann sich bei dem von der „Freiheit“ zitierten Schreiben nur um eine Verfälschung handeln. Das erscheint um so wahrscheinlicher, als es eine militärische Bezeichnung „Trainerreiter“ nicht gibt.

Die Preußenwahl.

Bis gestern Abend lagen die Ergebnisse aus 12 von den 23 Kreisen vor. Danach sind für die preussische Landesversammlung bisher 197 Abgeordnete gewählt, die sich folgendermaßen verteilen: Deutschnationale 23, Christliche Volkspartei 28, Deutsche Volkspartei 10, Demokraten 35, Sozialdemokraten 85 und Unabhängige 13. Außerdem sind auf die Schleswig-Holsteinischen Bauern- und Landarbeiter-Demokraten 1 Sitz und auf die Deutsch-Hannoversche Partei (Welfen) 2 Sitze gefallen.

Berlin. (Amliches Ergebnis.)

Abgegeben: 861 808 gültige Stimmen und 8316 ungültige Stimmen. Es erhielten Stimmen: Liste S. P. D. 343 009, Hoffmann (U. S. P.) 270 400, Troellich (Deutsch-demokr.) 143 751, Kaufmann (Deutschnational) 60 202, Jährender (Zentrum) 52 853, Garisch (Deutsche Volkspartei) 5000, Schwohn 14 Stimmen. 3 Bezirke fehlten am Dienstagabend noch, vermögen aber am Endergebnis nichts mehr zu ändern.

Zu den gestern bereits von uns als gewählt gemeldeten Genossen tritt also noch Genosse Heinrich Cunow, der Leiter der „Neuen Zeit“.

Teltow-Beeskow.

S. P. D.	280 552	5 Sitze
Dem.	194 257	2
U. S. P.	119 342	2
Dnat.	118 521	2
D. Sp.	82 115	2
Str.	82 007	—

Niederbarnim.

S. P. D.	315 940	6 Sitze
Dem.	156 205	3
U. S. P.	115 138	2
Dnat.	107 100	2
D. Sp.	68 775	1
Str.	18 827	—

11. Wahlkreis. Liegnitz. Gewählt: 6 Sozialdemokraten mit 263 852 Stimmen, 3 Demokraten mit 136 318 Stimmen, 2 Deutschnationale mit 73 043 und 1 Abgeordneter der Christlichen Volkspartei mit 50 076 Stimmen. Auf die Deutsche Volkspartei entfielen 548 Stimmen.

15. Wahlkreis. Aurich, Stade, Osnabrück. Christliche Volkspartei 87 807 Stimmen und zwei Sitze, Deutsche Volkspartei 46 942 Stimmen und einen Sitz, Demokratische Partei 92 063 Stimmen und drei Sitze, Deutschhannoversche Partei (Welfen) 84 964 Stimmen und zwei Sitze, Deutschnationale Volkspartei 20 408 Stimmen und keinen Sitz, Sozialdemokraten 152 906 Stimmen und drei Sitze.

18. Wahlkreis. Arnberg. (Amliches Wahlergebnis.) Sozialdemokraten 446 211 Stimmen und 10 Sitze, Christliche Volkspartei 324 908 Stimmen und 7 Sitze, Deutsche Volkspartei und Deutschnationale Volkspartei zusammen 165 572 Stimmen und je zwei Sitze, Demokratische Partei 102 231 Stimmen und 2 Sitze und Unabhängige 49 286 Stimmen und 1 Sitz. Die Listen der Deutschnationalen und der Volkspartei waren verbunden.

19. Wahlkreis. Cassel. Deutsche Volkspartei 50 398, Sozialdemokraten 392 355, Demokraten 207 273, Deutschnationale 31 323, Zentrum 165 418, Unabhängige 34 004. Falls keine Verschiebungen durch die hauptsächlich aus dem besetzten Gebiet austretenden Resultate eintritt, verteilen sich die Mandate wie folgt: Sozialdemokraten 9, Deutsche Volkspartei 1, Demokraten 5, Deutschnationale 2, Zentrum 5 und Unabhängige kein Mandat.

Erfurt-Schmalzleben. Es erhielten Stimmen: Unabhängige 330 518, Reichstagssozialisten 144 561, Demokraten 208 401, Deutschnationale 120 124, Deutsche Volkspartei 12 263, Christliche Volkspartei 52 135. Demnach entfallen Sitze auf die Unabhängigen 8, Reichstagssozialisten 3, Demokraten 5, Deutsch-Nationale 2, Christliche 1, Deutsche Volkspartei 0.

Wahlkreis Breslau.

Sozialdemokraten 376 017, das Zentrum (Christliche Volkspartei) 178 023, die Deutschnationalen 125 118, die Demokraten 117 235. Danach sind gewählt: 9 Sozialdemokraten, 4 Zentrumsanhänger, 3 Deutschnationale und 2 Demokraten. Die Namen der gewählten Genossen und Genossinnen sind: Reulisch, Scholich, Philipp, Seybold, Th. Müller, Frau Labirich aus Breslau, Tholl-Waldenburg, Lang-Langenbielau, Dausenthaler-Striegau.

Die Kohlenkatastrophe.

Man schreibt uns: Durch die nunmehr eingetretene, schon seit geraumer Zeit erwartete Kohlenkatastrophe ist das ganze Wirtschaftsleben Deutschlands in einen Zustand geraten, daß sich kaum überleben läßt, was überhaupt noch zu retten ist. Der Hauptteil der Industrie mußte bereits stillgelegt werden, und nun sieht man vor dem Ausweichen, aber fast unvermeidlichen Schritte, nämlich, die letzten für die Aufrechterhaltung der Volkswirtschaft unbedingt notwendigen Industriezweige und öffentlichen Einrichtungen außer Betrieb zu setzen. Zahlenmäßig läßt sich nun ein solcher Zusammenbruch überhaupt nicht mehr darstellen. Der Zusammenbruch der letzten jetzt noch funktionierenden Wirtschaftsfaktoren beeinflusst direkt die elementarsten Lebensbedürfnisse aller Menschen. Die Wirtschaftsfaktoren, deren Tätigen sich für die Bevölkerung nur indirekt bemerkbar macht, sind bereits seit einiger Zeit außer Funktion. Was nun noch erfolgen kann, ist lediglich das Aufheben jeden Verkehrs, der notwendigen Produktion und Versorgung. Es ist der vollkommene physische Untergang, dem wir jetzt unmittelbar gegenüberstehen.

Die Ursachen sind oftmals erörtert worden, ohne daß es möglich war, den Starrsinn der Schuldigen durch vernunftgemäße und sachliche Vordruckungen zu beeinflussen. Eine kleine Gruppe extremer Fanatiker hat es fertig gebracht, alles, was zu zerstören ist, zu sabotieren. Unter ihrem Einfluß ruinieren einige Hunderttausend Einwohner der Bergreviere in krasser Selbstsucht eine Nation von über 65 Millionen Menschen. Gerade vom sozialistischen Standpunkt aus kann derartige nicht gebildet werden.

Das Interesse der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung berechtigt und verpflichtet die Regierung, die Wiederaufnahme der Produktion mit allen Mitteln ins Werk zu setzen, notwendigfalls unter Hintansetzung prinzipieller Bedenken zu erzwingen. Denn wenn eine Aenderung des jetzigen Zustandes nicht eintritt, ist alles verloren. Die Hauptsache ist die, daß sofort ein energischer Beschluß gefaßt und auch durchgeführt wird. Die Erziehung des gesamten Volkes steht auf dem Spiel und demgegenüber haben alle anderen Erwägungen zurückzutreten.

Wir haben dieser Einwendung Raum gegeben, weil sie für die Stimmung weiter Kreise charakteristisch ist. Zweifellos stehen wir vor einer ungeheuren Gefahr, zweifellos muß die Regierung alles tun, um diese Gefahr abzuwenden, doch ist bei der Wahl der Mittel reiflich zu überlegen, daß nicht solche

angewendet werden, die das Uebel nur noch schlimmer machen. Arbeit ist nicht zu erzwingen, selbst wenn man neben jeden Arbeiter einen Aufseher stellt. Deswegen schreit es uns fraglich, ob direkte Zwangsmaßnahmen hier zum Ziele führen werden. Ein indirekter Zwang zur Arbeit freilich dürfte sich als notwendig und nützlich dort erweisen, wo der Anreiz zur Arbeit seine Wirkung verliert.

Freilich darf man auch nicht die ganze Last der Verantwortung den Bergarbeitern zuschieben. Auch die Bevölkerung in Berlin und anderswo hat ein gut Teil mit Schuld an den Zuständen, unter denen sie selber leidet. Ist und dringend ist aufgefördert worden, in den Bergbaubezirken und auf dem Lande Arbeit zu suchen. Theoretisch sieht jeder Arbeiter ein, daß das gesamte übrige Wirtschaftsleben nicht in Schwung kommen kann, solange weder Lebensmittel noch Kohle gefördert werden, schlägt man ihm aber vor, nun selber sich in Landwirtschaft oder Bergbau zu betätigen, so bekommt man häufig die Antwort: Warum soll ich gerade derjenige sein? Solange die Bevölkerung auf diesem Standpunkt beharrt, kann sie sich über die Folgen nicht beklagen. Es gibt kein Mittel, das uns retten kann, außer einer starken Abwanderung der Arbeiterschaft aus den großen Zentren der verarbeitenden Industrie in die Urproduktion. Solange die Bevölkerung das einseht, aber nicht entsprechend handelt, gleicht sie dem eigenmächtigen Patienten, der die Medizin des Arztes wohl als richtig anerkennt, aber nicht nehmen will, weil sie ihm zu schlecht schmeckt. Ihm ist nicht zu helfen!

Befriedene Freude.

Siegesjubel bei den Weichlagenen.

Je kläglicher die Wahlergebnisse für die bürgerlichen Parteien ausfallen, desto größere Töne schlagen ihre Blätter an. Wo ein paar bescheidene Mandate errungen sind, da wird mit voller Lungenkraft „Sieg“ geschrien. In der „Deutschen Zeitung“ freut sich der antisemitische Professor Werner-Siechen über das Ergebnis des 19. Januar — vom Standpunkt der Deutschnationalen Volkspartei aus. Er meint: „Wir Deutschnationalen haben gut abgeschnitten.“

Man sollte dem Mann seine bescheidene Freude eigentlich nicht vergällen. Aber man fragt sich doch mit einiger Verwunderung, welche Niederlage die Deutschnationalen wohl erwartet haben, wenn sie in der Weise, wie sie jetzt zusammengehauen worden sind, ein gutes Wahlergebnis für sich erblenden? Die Deutschnationale Volkspartei ist entstanden durch den Zusammenschluß sämtlicher rechtsliebenden Parteien und Gruppen, der Konservativen, Freikonservativen, Christlichsozialen, Antisemiten usw. Im alten Reichstag mochten diese Gruppen zusammen noch etwa ein Sechstel der gesamten Abgeordnetenzahl aus. Jetzt füllen sie noch nicht einmal ein Zehntel der Nationalversammlung! Ganze vierzig Mandate von 421 und noch nicht 10 Prozent der Stimmen haben sie erhalten! Selbst Herr Werner muß feststellen, daß das flache Land von den Konservativen abgefallen ist! Aber trotzdem ist er „zufrieden“ bzw. er stellt sich so.

Ebenso reden die demokratischen Blätter, wie das „Berliner Tageblatt“, fortführend von den „glänzenden“ und „großartigen“ Wahlerfolgen der Deutschen Demokratischen Partei am 19. und 26. Januar. Gewiß haben die bürgerlichen Demokraten von allen bürgerlichen Parteien verhältnismäßig am besten abgeschnitten, aber wie bescheiden nehmen sich ihre Erfolge neben den Riesenstimmenzahlen und Mandatsziffern der Sozialdemokratie aus! Da berührt es außerordentlich komisch, wenn die bürgerlichen Parteien in demselben Atemzug, in dem sie ihre „Erfolge“ marktschreierisch zur Schau stellen, von „Mißerfolgen“ der Sozialdemokratie reden.

Jetzt z. B. suchen einige bürgerliche Blätter den Anschein zu erwecken, als habe die Sozialdemokratie bei den Preußenwahlen gegenüber den Wahlen zur Nationalversammlung einen Rückschlag erlitten. Die bisherigen Wahlergebnisse geben zu dieser Vermutung nicht die geringste Handhabe. Das Stimmverhältnis der Sozialdemokratie ist fast in allen Wahlkreisen das gleiche geblieben, in einigen Kreisen ist es etwas schlechter geworden, dafür in anderen besser. Verhältnismäßig wird die Sozialdemokratie im Preußenparlament mindestens dieselbe Stärke besitzen wie in der Nationalversammlung. Wenn sie jeden Mandatserwerb in der gleichen Weise jubeln wollte wie die bürgerlichen Parteien, dann würde es der Sprache an Worten fehlen. Wir verzichten gern darauf, uns an Erfolgen zu berauschen und widmen unsere Kraft lieber der positiven Arbeit. Den krampfhaften Siegesjubel überlassen wir denen, die ihn anstimmen müssen, um durch lautes Freudengeschrei die Tatsache der erlittenen Niederlage zu demänteln.

Die Richtungen in der U. S. P. D.

Gründe der Wahlmiserfolge.

In der letzten Kreisgeneralversammlung der U. S. P. D. in Teltow-Beeskow wurde über die Gründe der unabhängigen Wahlmiserfolge debattiert. Jubel fand sie in Mängeln der Organisation. — Reichheld in dem Fehlen einer festen Politik. Er wiederholte seinen Klageruf: „Wir haben überhaupt keine Politik.“ — Richard Müller mochte ebenfalls der Politik der Parteileitung die größte Schuld an dem Wahlschicksal bei. Die Genossen in der Regierung hätten in Gemeinschaft mit den Scheidemannern seit dem 9. November Stütz für Stütz der Errungenschaften der Revolution abgetragen. Die Politik der Hanse und Hülferding unterschreibe sich nicht von der Politik des linken Flügel der Reichstagssozialisten. Die linksstehenden Genossen unserer Partei besinnen sich zum Märtyrersystem. Die Räte müssen die Sozialisierung vorbereiten. Auf diesem Boden sei das Programm der Partei aufzubauen. Wer nicht damit einverstanden sei, müsse gezwungen werden, aus der Partei auszutreten. — Wedel der für die Einigung mit den Reichstagssozialisten sprach, fand bei den „Unrechtssozialisten“ härmlichen Widerspruch.

Keine Verhaftung Deutscher in Finnland. Die in den Blättern verbreitete Nachricht, daß vier Personen der deutschen Gesandtschaft in Helsinki von der finnischen Regierung verhaftet worden seien, muß, wie die finnische Gesandtschaft mitteilt, dahin berichtigt werden, daß es sich um vier Russen handelt, die mit deutschen Vätern unter falschem Namen nach Finnland gekommen waren.

Regiment Reinhard nicht nach Weimar. Wie wir von zuverlässiger militärischer Stelle erfahren, ist nicht beabsichtigt, Teile des Regiments Reinhard zum Schutz der Nationalversammlung nach Weimar zu schicken. Das Regiment verbleibt in Berlin.

Gewerkschaftsbewegung

Der Straßenbahn-Werkstattstreik.

Mit den weiteren im Streik des technischen Straßenbahnpersonals zu treffenden Maßnahmen beschäftigte sich gestern mittag eine Versammlung der Vertrauensmänner des technischen und des Fahrpersonals der Straßenbahn.

In den Kreisen der Streikenden ist Reizung dafür vorhanden, das Fahrpersonal zum Sympathiestreik zu bewegen. Die Leitung des Transportarbeiterverbandes sowie des Metallarbeiterverbandes trat jedoch dafür ein, daß durch nochmalige Verhandlungen mit der Direktion eine Verständigung über die Forderungen des technischen Personals versucht werde.

Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden. Die Verhandlungen fanden gestern nachmittag statt, sie hatten aber keinen Erfolg.

Heute vormittag werden die Vertreter beider Parteien vor dem Einigungsamt des Berliner Gewerbergerichts verhandeln.

Zu der militärischen Besetzung der Bahnhöfe, die bereits wieder aufgehoben ist und sich nur auf zwei bis drei Bahnhöfe erstreckt, erklärte Ortsmann in der Vertrauensmännerversammlung: Er habe von dem Stadtkommandanten erfahren, daß weder der Stadtkommandant noch Koste die militärische Besetzung veranlaßt habe. Schumann betonte, die Direktion habe ihm mitgeteilt, daß sie die Besetzung nicht verlangt habe. Die Maßregel sei nur auf den Hebereifer eines jungen Ingenieurs zurückzuführen.

Tarifabschluss im Niederlausiger Bergbau.

Zwischen den Vertretern der Braunkohlengruben „Probitentia“, „Comrad“, „Julius“, „Felix“, „Karoline II“, „Hermann“, „Edwig und Olga“, „Amalie-Wilhelmine“, „Germania“, „Hoffnung“ und „Augusta“ und den Vertretern des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer und des Gewerkschafts Christlicher Bergarbeiter sind am 21. Januar 1919 vorbestimmte der Zustimmung der in Betracht kommenden Bergwerkseigentümer und Bergwerksgesellschaften gestanden worden, wonach die achtstündige Arbeitszeit einschließlich Ein- und Ausfahrt sofort eingeführt wird. Rückwirkend vom 2. Januar d. J. ab werden für die achtstündige Schicht bei normaler Arbeitsleistung folgende Mindestlöhne gewährt:

a) Gehilfslöhne: Tiefbauhauer 12 M., Tiefbauschlepper 11,50 M., Tagebauhauer 11,50 M., Tagebauschlepper 11 M.

b) Schichtlöhne: Handwerker 9,50 M., Häuer 9,50 M., Maschinisten 9,50 M., Schlepper 9 M., Kesselfeuerer 9 M., Abraumarbeiter 9 M., Tiefbauarbeiter 8,50 M., Presser und Schleifer 8,50 M., sonstige Fabrikarbeiter 8 M., über Tage beschäftigte Arbeiter und Motorenwärter 8 M., Jugendliche, 14-15 Jahre, 4 M., Jugendliche, 15-16 Jahre, 5,50 M., Frauen 5,50 M.

Wo in diesen Klassen von einzelnen Arbeitern der vorbestimmte Mindestlohn bereits erreicht ist, erhalten männliche Arbeiter eine Zulage von mindestens 1 M., weibliche Arbeiter eine Zulage von mindestens 80 Pf., jugendliche Arbeiter eine Zulage von mindestens 60 Pf.

In den Fällen, wo bei Eintritt des Mindestlohnes gegen den bisherigen Lohnstand nicht eine Zulage in Höhe der vorstehenden Tabe erreicht wird, tritt diese Zulage voll in Kraft.

Auf diese Zulagen sind diejenigen Lohnzulagen anzurechnen, die von den Beschäftigten der Gewerkschaft „Paul“ und der Gewerkschaft „Luzacshor“ bereits gezahlt sind.

Die Gehilfslöhne werden mit der Maßnahme erhöht, daß der festgesetzte Mindestlohn bei normaler Arbeitsleistung für die achtstündige Arbeitszeit gewährleistet wird. Entsprechende Vereinbarungen erfolgt zwischen Werkverreter und Arbeiter vor dem Arbeitsort.

Streitigkeiten über die Einreihung der Arbeiter in die einzelnen Lohnklassen sowie über die normale Arbeitsleistung werden durch Vereinbarung zwischen den Werkleitungen und den Arbeiterräuden entschieden.

Recherkenden, Fehern- und Sonntagschichten sowie Feiertagsarbeiten sind nur in Notfällen bei Gefahr bei Leben und Gesundheit oder zur Sicherung des Betriebes nach Vereinbarung mit dem Arbeitgeber zulässig. Für die ersten beiden Rechenstunden werden 25 Proz. für jede weitere sowie für Neben- und Sonntagschichten 50 Proz. und für Feiertagsarbeiten 100 Proz. Zuschlag gezahlt. Der Zuschlag für Sonntagsarbeiten fällt für

Pumpen- und Motorenwärter fort, soweit ihre wöchentliche Arbeitszeit 48 Stunden nicht übersteigt. Diese Vereinbarung gilt bis 30. April 1919. Sie kann von beiden Parteien mit einer Frist von 6 Wochen vor Ablauf gekündigt werden. Findet eine neue Kündigung nicht statt, so gilt das Abkommen stets auf die Dauer von 3 Monaten verlängert.

Auf Vorschlag des Demobilisierungsausschusses und des Magistrats hat die Stadtverordneten-Versammlung in Fort-Lautsch 100000 Mark zur Verfügung gestellt, um solchen Arbeitslosen, die sich bereit erklären, in die demobilisierten Kohlengruben zu gehen, einen Zuschuß zu ihrem Tagelohn zu gewähren. Dieser Zuschuß beträgt täglich 1 M. für Unverheiratete, 1,50 M. für Verheiratete bis zu 2 Kindern und 2 M. für Verheiratete mit mehr als 2 Kindern. Die Stadt Fort-Lautsch hat durch eine große Anzahl Arbeitsloser — es befinden sich zurzeit 4000 am Orte — zur Übernahme der Grubenarbeit zu bewegen und gleichzeitig der Textilindustrie am Orte die nötigen Mengen Kohlen zuzuführen, um die Betriebe im Gang zu setzen und den Rest der Arbeitslosen dadurch beschäftigen zu können.

Unnötige Betriebsstilllegung?

Aus dem Betriebe der Firma Otto Jachmann, Vorkilwalde, werden und recht eigenartige Mittelungen gemacht. Vor vier Wochen wurde denjenigen, die die Arbeit freiwillig aufgeben, eine Entschädigung von 50-100 M. in Aussicht gestellt, andererseits wurde betont, daß doch nur noch wenige Tage Beschäftigung vorhanden sei. Innerhalb vier Wochen ist auf diese Weise die Zahl der Beschäftigten, die etwa 4000 betrug, auf etwa 400 herabgemindert worden. Am 1. Januar hat die Firma auch sämtliche Angestellten gekündigt. Wie uns nun von gut informierter Seite berichtet wird, könnte die Firma Jachmann den Betrieb voll aufrechterhalten. Vor drei Wochen waren noch etwa 90 Modelle vorhanden, dieselben sind im Laufe der Zeit verschwunden. Aber auch sonst verfüge die Firma über ausreichende Mengen Kohlen und Eisen, so daß der mit allen Mitteln der Technik betriebene Betrieb die heute so nötige Ausbesserung von Lokomotiven und Eisenbahnwagen usw. mit Leichtfertigkeit vornehmen könnte. Hat doch die Firma unlängst den Arbeitern Kohlen pro Zentner für 3 M. zum Verkauf angeboten. Es wird vermutet, daß die Firma jetzt, da die Produktion nicht mehr so rentabel ist, wie bei der Kriegszeit, die Arbeiter so schnell wie möglich los sein und die Betriebe eilig zum Stillstand bringen möchte.

Hier sei es nach Auffassung unseres Gewährsmannes eine Pflicht der Regierung, einzugreifen und für die Aufrechterhaltung des Betriebes Sorge zu tragen. Es würden auf diese Weise nicht nur für 4000 Arbeiter die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung gespart, sondern auch nutzbringende Arbeit geleistet, deren das Land so notwendig bedarf.

Zum Elektrostreik.

Genosse Siering vom Metallarbeiterverband schreibt uns: In der Nr. 44 des „Vorwärts“ vom 24. Januar befindet sich unter „Gewerkschaftsbewegung“ ein Bericht über den Elektrizitätsarbeiterstreik. In diesem Bericht wird von einem Melder erklärt, ich hätte auf die Aufforderung, bei den Verhandlungen vor dem Einigungsamt mitzuwirken, mit dem Bemerkten abgelehnt, daß ich bei so einem verrückten Streik nicht mitwirken wolle. Diese Behauptung trifft nicht zu.

Von dem Bureau des Verbandes der Maschinisten und Heizer wurde ich von einem Genossen angerufen und gebeten, als Vertreter der Arbeitnehmer im Einigungsamt mitzuwirken. Diese Bitte mußte ich ablehnen, da ich bereits für außerordentlich wichtige Verhandlungen zugezogen war. Es drehte sich um Verhandlungen mit dem Verband Berliner Metallindustrieller über die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen einiger Berufsgruppen. Die Ablehnung ist also nur aus diesem Grunde erfolgt.

Nebenbei habe ich allerdings erklärt, daß ich den Streik für verrückt halte und dieser Anschauung bin ich auch noch heute. Nach meiner Auffassung hätte es sehr wohl eine Möglichkeit gegeben, bevor zu diesem Streik gegriffen wurde, eine Verständigung herbeizuführen, der auch die Elektrizitätsarbeiter zugestimmt hätten.

Zu den Differenzen bei der Mitteldeutschen Kreditbank wird uns noch mitgeteilt, daß unter den Forderungen der Beamten an die Direktion auch diejenige ist, die Entlassung der gelehrten Kräfte vorläufig zu unterlassen, und falls überhaupt, erst dann vorzunehmen, wenn sämtliche ungelerneten Beamten und Beamtinnen, die niemand zu verlieren haben, entlassen sind. Gerade die Mitteldeutsche Kreditbank hat während des Krieges

gelehrte Beamte anderer Banken unter allen möglichen Versprechungen als Festangestellte engagiert. Nachdem diese Beamten im Laufe der Kriegsjahre die enorme Arbeitslosigkeit unter großen Entbehrungen leisten mußten, sollen jetzt diese Kräfte, die sie oft bewusstermaßen aus ihren Lebensstellungen herausgerissen hat, und die vielfach Familienväter sind, zum 1. April 1919 auf die Straße geschickt werden. Der Standpunkt der Direktion, die für ihr Verhalten Platzmangel angibt, ist um so weniger zu verstehen, als eine größere Zahl lediger ungelerneter und weiblicher Kräfte, die oft erst in der letzten Zeit des Krieges engagiert wurden, von dem Rüdigungs-schreiben verschont geblieben sind.

Achtung, Stukfateure!

Kollegen! Nachdem die Verhandlungen mit den Unternehmern, in Anbetracht der großen Arbeitslosigkeit in unserem Berufe die Arbeitszeit zu verkürzen, ergebnislos waren, ist es Pflicht eines jeden arbeitenden Kollegen, die Arbeitszeit von 7 Stunden strikte einzuhalten und alle Veruche der Arbeitgeber, die Arbeitszeit zu verlängern, energisch zurückzuweisen. Wer länger wie 6 Stunden 6 7 Stunden täglich arbeitet, begeht ein Verbrechen gegen seine Arbeitslosen Kollegen.

Es wird nochmals darauf hinarbeiten, daß Arbeitsvermittlung nur durch unseren Arbeitsnachweis, Berlin N, Rüdterstraße, zulässig ist und Verträge hiergegen der Sektionleitung sofort zu melden sind, damit dieselbe die nötigen Schritte dagegen einleiten kann.

Deutscher Bauarbeiterverband, Zweigverein Berlin, Sektion der Stukfateure. J. A.: Karl Hoffmann.

Gerichtszeitung.

Kriegs-Jugend.

Wegen schwerer Urkundenfälschung, Unterschlagung und Betrug in mehreren Fällen waren gestern der trotz seiner 17 Jahre schon vorbestrafte Bureaubote Karl Schuchel, der 16jährige Jahntechniker Walter Schulz und der 15jährige Jahntechnikerlehrling Bonifer angeklagt. Schulz hatte sich außerdem auch noch wegen fahrlässiger Tötung zu verantworten. Der knapp 16jährige Schulz verbiente bei der Crisfranck-Lasse Troch-Richterleide als Jahntechniker (I) 700 M. monatlich! Da der junge Tuschke mit seinem Gelde natürlich den Kasoier spielte und eine „Brut“ ausließ, wirkte dies auf seinen Freund, den Mitangeklagten Schuchel, ansetzend. In der Absicht, es seinem noblen Freunde nachmachen zu können, fälschte er auf mehreren Formularen die Unterschriften des Produzenten und des Oberbuchhalters, stellte sich Zahlungsaufträge her und hob nach und nach von der Bank 50000 M. ab. Das Geld wurde den jungen Deulen anstandslos ausgezahlt, die sich dann ein Schließfach mieteten und die einzelnen Summen hier vorläufig unterbrachten. Nachdem das Geld verteilt war, begannen die drei ein Leben in Cass und Prass. Vor allen Dingen wurden die „Bräute“ mit kostbarem Pelzwerk, Brillantenschmuck, feinem Kleidern und Pettiswäsche versehen. Sie selbst kauften sich die teuersten Anzüge, rüdelten sich dann auf den teuersten Theatervorstellungen und benahmen sich recht lämmelhaft. Die „Russe Schampus“ durfte natürlich an keinem Abend fehlen und in einer detarippen aneherterten Stimmung wurde Schulz der Arbeiter, daß ein junges blühendes Menschenleben vernichtet wurde. Er hatte sich von einem Unbekannten auf der Straße zwei Zigaretten für 625 M. gekauft und zeigte am 2. November — anlässlich einer Anheerung in den Teilen — eine der Waffen dem 17jährigen Jahntechniker Otto Wangmann aus Charlottenburg. Höllich entließ sich die Waffe und W. sank, von der Kugel im Unterleib getroffen, tot zu Boden. — Staatsanwalt Dr. Sauer bezeichnete die Angeklagten als Opfer der heutigen Zustände, denen man, eben weil sie ein Opfer des Systems seien, ein gewisses Mitleid nicht versagen könne, und beantragte gegen Schuchel 3 Monate 2 Wochen, gegen Schulz 1 Jahr und gegen Bonifer 3 Monate Gefängnis. Von Rechtsanwalt Dr. Schwindt wurde für Schulz geltend gemacht, daß man am besten jetzt noch einen anständigen Rohrschneider nehmen müßte, um das an Erziehung nachgeholfen, was der Vater durch den Krieg leider hatte veräumen müssen. — Das Gericht erkannte gegen Schuchel auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, gegen Schulz auf 6 Monate Gefängnis und gegen Bonifer auf 2 Monate Gefängnis.

Verantwortlich für Politik: Ulrich Gutzmer, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Schulz, Kaufmann, für Anzeigen: Theodor Grosse, Berlin. Verlag: Börsen-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Börsen-Verlag G. m. b. H., Berlin. Verlagsbank: Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3. Preis 1 Blatt.

Juwelen • Uhren
Gold- u. Silberwaren
Belmond & Co.
Leipziger Straße 97 u. Königstraße 80
Brillanten, Juwelen, Perlen, Perlenkollieren werden zu hohen Preisen angekauft oder in Zahlung genommen.

Möbel-Gross
im Osten: Gr. Frankfurter Straße 141
im Norden: Invalidenstr. 5
500 Mark Anzahlung
genügen zum Kauf einer
kompl. Wohnungseinrichtung.
Bei Barzahlung Preisermäßigung.
Kriegsbeschädigte, Kriegserwitwen, Kriegsgeliebte
erhalten besonders günstige Bedingungen und Preisermäßigung.
Einzel-Möbel, bunte Küchen
in großer Auswahl.
Lieferung auch nach auswärts.
Kriegsanleihe u. Sparanlegen nehme in Zahlung.

Reparaturen an Schreibmaschinen, Rechenmaschinen, Schreib-, Addier-Maschinen
in eigener mechan. Werkstatt bei billiger Berechnung.
Aushilfsmaschinen! Ersatzteile!
Mietweise Abgabe von Rechenmaschinen.
Cosmos
Leipziger Straße 23
nebst Komplex-Handl.
Fernepr. Zentr. 180 u. 419.
Zähne 3 M. Telix. wöchentl. 1 M. Plomben 1,50. Goldkronen 19 M. Zahnstehen m. Einspr. höchst schmerzlos. Umarm. schlechtes Gebisse. Rep. sol. Potsdamer Str. 53. Hochb. Sprecha. 9-7. Zahnarzt W 11

Künstliche Zähne
von 3 Mark an
mit echtem Para-Friedenskautschuk
Goldkronen, Brücken, Plomben, Umarbeitung schlechtersitzender Gebisse, Zahnziehen mit Betäubung.
Billige Preise event. Teilzahlung.
Zahnpraxis M. Löser, Drunnenstr. 105
zwischen Rosenthaler Platz und Invalidenstr.
Sprechst. 9-1, 3-7, Sonnt. 9-12.

Wir kaufen und verkaufen Staats- und Stadt-Anleihen, In- und ausländische Renten, Industrie-Aktien, Zoo-Aktien.
Für Japaner- u. Chinesen-Kupons zahl. N. Nennwert
Eugen Bab & Co., Bankgeschäft, Berlin W 8.
Tauentzstraße 46

Ardeltwerke, G. m. b. H. Eberswalde bei Berlin
Fernepr. No. 34, 399, 401 u. 410
Telegr.-Adresse: Ardeltwerke } Zahnradfabrik
Zahnräder jeder Art
Verzahn. eingesamml. Köp. in 2-3 Arbeitstagen.
1421.

Angetragen • Feldmarne • Miltidrin • Mittel
werden sofort gegen Jodtrockenheit eingetaucht
Arbeitsamt Garde, Lehrter Str. 57.
Smilchen 9-3 Uhr. 9448

Vorzügliche Bratkartoffeln ohne Fett
bereitet man auf folgende Art:
1 Pfund Kartoffeln werden mit der Schale gekocht, die Haut wird abgezogen, die Kartoffeln werden in Scheiben geschnitten, 1 Teelöffel „Plantox“ wird mit 1/4 Liter Wasser in der Pfanne aufgelöst, die Kartoffeln hierin 10 Minuten gebraten.
„Plantox“ ist in Packungen von 30 Gramm, 1/2, 1/4, 1/2 und 1/4 Pfund zu haben und von der Ersatzmittelstelle Hamburg genehmigt. Paraguay-Fleischextrakt-Gesellschaft m. b. H., Hamburg.

Wer bauen will Bauausführungen
wende sich an uns. Wir vermitteln jeder Art (Villen, Zinshäuser, Siedlungen, Fabriken) in bester, preiswerter und schnellster Ausführung in **Stadt und Land.**
Terrainverkauf - Finanzierungen.
Telephon: Zentrum Nr. 8888
Büroauszeit von 9 bis 5 Uhr.
Grundstücksabteilung Berlin W 8, Friedrichstraße 180.
Generalvertretung der Gemeinnützigen Heimsstätten und Bauernstellen A.-G.

Weißer Zähne
erzelen Sie meist schon nach kurzem Gebrauch der herrlich erfrischenden Zahnpaste Chlorodont. Vorzügliches Vorbeugungsmittel bei Bakterieninfektion durch die Mundhöhle. Überall zu haben.

Hämschneiden?
Lithographische Anstalt
Lithographische Anstalt
Lithographische Anstalt
Am Lager vorrätig:
Drehbänke
Fräsmaschinen
Bohrmaschinen
Hobel- u. Shaping-Maschinen
sowie alle anderen
Werkzeugmaschinen
neu u. gebraucht Lgr. Ausw.
A. Magnus,
Berlin C. 25,
Dirckowstraße,
Etagen 137.

Friedenspinno 1250.
bestes, immortales Rühmpinno
Pinno 1250. —, über edelstes
(Praktisch) 1250. —, reich an
Kongerfingel 2000. —, (schonste
Eingangs) 1800. —, verkauft
Graß, Drankelstr. 166, 3 Et.

Kautabak
aus reinem Tabak wieder vorkommen. Bestes, l. Goldmas.
Kautabak 100 Stangen 100 M.
50 Stangen 51 M., 25 Stangen
26 M., 10 Stangen 10,40 M.
Kautabakvertrieb, Hans Lierke,
Sietlin 10, Verjandsgäßchen,
Polstergäßchen 111, 1127.

Gitarrezithern
mit Unterlegnoten 25. —, große
Gitarre 28. — (Hobner, ca.
50-60), Mandolin, Gitarre
45. —, erhl. 35. —, Konzertlute
125-145. —, Gitarre
45. —, Konzertlute m. Guit. 50. —,
Hinterlute 145. —, Unter-
legnoten 8. —, Romantikonor.
(10 Bände Gitarre).
Genß, Drankelstr. 166, 3 Et.

Schreibmaschine
kauft
389r. Spillmännstr. 7. 7120.
1000.
nach bewährt
hat sich unter
Spezialmittel
gegen
Bartflechte
und andere Flechten
wirkt schnell
und sicher
auch bei alten Fällen
FL. 6,50 M., Preis 11 M.
zu haben in Apotheken,
Proger, oder direkt bei
W. A. Müller & Co.,
Berlin-Teichmann,
Kaiser-Allee 103,
Geriand gegen Nachn.

Pianos.
Kauf, Miete,
Teilzahlung.
Pianohandlung
Adolf Schlesinger, Berlin
Göbenstr. 10. Tel.: 203, 1423

Kramplader-Gamasche.
Koch
Dr. Ludw. Stephan,
D. R. G.
Erzieht die Venen-
knäuel, beugt
Blutungen, Ver-
brenn. her. Heilmittel
Preis 0 1 frei d.
den Apotheken
Karl Stephan,
Hamburg H.
Einjährig-Vorberatung
und Aufhebung, Prot-
unterricht und Arbeitsstunden.
Schulrath Ober-L. Dr. Knuth,
Charlottenburg, Gertelstr. 4
Hauswände Kautabak,
Gitarre, Gitarre,
Gitarre, Neue Königl. 33.